

# Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

N<sup>o</sup> 11.

Diese Zeitung erscheint alle vierzehn Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 65 Pf. Eingetragene in die Postzeitungsliste Nr. 6176.

Hannover,  
Sonnabend, 2. Juni 1900.

Inserate kosten pro 3gepaaltene Zeile oder deren Raum 15 Pf. Offertenannahme 10 Pf. Redaktion: Reinstr. 31. Verlag: Nikolaisstr. 46.

9. Jahrg.

## Anträge zum Verbandstag.

Um Wiederholungen und der daraus entstehenden Raumverschwendung vorzubeugen, geben wir die Anträge in den Versammlungsberichten nicht wieder. Auch Begründungen eingegangener Anträge können wir im „Proletarier“ nicht zum Abdruck bringen. D. R.

Der Vorstand beantragt:

**Erhöhung des Eintrittsgeldes auf 30 Pfg.**

**Zu § 9, Abs. 3:** Dem Absatz folgenden Zusatz zu geben: Bei Todesfall der Ehehälfte wird dem überlebenden Mitgliede unter gleichen Voraussetzungen dieselbe Unterstützung gewährt.

**Als Abs. 6 zu § 9:**

Verheirateten Mitgliedern, welche an einem anderen Orte in ein neues Arbeitsverhältnis treten, kann vom Vorstände eine Reiseunterstützung gewährt werden, wenn das Mitglied zwei Jahre dem Verbandsangehörigen hat, zwischen An- und Abzugsort eine Entfernung von 10 Kilometern liegt und das Mitglied in den vorausgegangenen 52 Wochen keine Reiseunterstützung bezogen hat. Das Umzugsgeld beträgt für eine Entfernung von über 10 bis 50 Kilometer bis zu 15 Mk., 50 bis 100 Kilometer bis zu 20 Mk., 150 Kilometer 25 Mk., 200 Kilometer bis zu 30 Mk., bei größeren Entfernungen bis zu 35 Mk. Sind Mann und Frau zugleich Mitglied, und haben die Bezugsbedingungen erfüllt, so kann das Umzugsgeld nur dem Manne ausbezahlt werden.

**§ 16, Abs. 9,** ist wie folgt zu fassen: Zahlstellen von 500 Mitgliedern können 1 Delegierten wählen. Orte, an denen mehr als 500 Mitglieder sind, können nur auf je weitere 700 Mitglieder einen Delegierten mehr wählen. Kleinere Zahlstellen werden zu Wahlkreisen von 400 bis 500 Mitgliedern vereinigt. Für jeden Delegierten ist ein Stellvertreter zu wählen.

**Zahlstelle Ahlenhorst:**

**Zu § 13, Abs. 2.** Den kleinen Zahlstellen sind bis zu 50 Proz. der Einnahmen aus Wochenbeiträgen zu Lokalausgaben zu belassen.

Die **Zahlstelle Rostlau** beantragt die Gründung einer Central-Kranken-Unterstützungs-kasse als Neben-einrichtung des Verbandes.

**Zahlstelle Berlin** beantragt:

Der Verbandstag wolle beschließen, daß der Gauvorsitzende eines jeden Gaues besoldet wird, damit er seine ganze Kraft der Agitation widmen kann.

**Zahlstelle Weiskensfeld** beantragt:

Den nächsten Verbandstag in Weiskensfeld abzuhalten und die Gründung einer Krankenschulklasse.

**Zahlstelle Dessau:**

**§ 2 Abs. f** hinzuzufügen: „Gewährung von Rechtsschutz zur Durchführung von Klagen, welche aus der Invaliden-, Alters- und Unfallversicherung entstehen.“

Dem **§ 9 Abs. 5** hinzuzufügen: „Die eventuell bezogene Reiseunterstützung darf von dem zu gewährenden Umzugsgelde nicht in Abzug gebracht werden.“

Der **§ 13 Abs. 2** soll künftig lauten: „Von den Einnahmen und den Wochenbeiträgen können bis 25 Prozent in den Zahlstellen zu Lokalausgaben verwendet werden.“

Der **§ 11** des Streitreglements soll in Zukunft heißen: „Zur Durchführung der Kämpfe werden zunächst die im Streikfonds sich befindenden Gelder verwendet. Zu diesem Fonds Beiträge zu zahlen ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, und hat dasselbe monatlich mindestens eine Marke im Werthe von 5 Pfennig zu leisten. Dagegen ist es in das Ermessen eines jeden Kollegen gestellt, mehr als eine Marke zu lösen.“

Der nächste Verbandstag ist in Dessau abzuhalten.

**Zahlstelle Frankfurt a. M.:**

Den Titel des Verbandes umzuändern in: „Verband der Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.“

Streichung der Bestimmung aus dem Streitreglement **§ 13, Abs. 2**, wonach Mitglieder, deren Mitgliedschaft noch nicht von Jahressdauer ist, 1 Mk. weniger Unterstützung erhalten als jene Mitglieder, die ein Jahr und länger dem Verbandsangehörigen: Gewährung von gleichen Unterstützungssätzen.

## Zahlstelle Halberstadt:

In das Mitgliedsbuch ist als zweites Blatt ein neues einzufügen, auf welchem einzutragen ist, ob das Buch das erste oder zweite ist, welches ausgestellt wurde. Bei Erschließern ist anzugeben, ob das alte Buch vollgesteuert oder verloren gegangen ist. Ferner soll auf dem Blatt vermerkt werden, in welcher Zahlstelle das Mitglied beigetreten ist.

Sämtliche Versammlungsberichte, welche nicht von allgemeinem Interesse sind, wie z. B. Quartalsabrechnung, Anschaffung einer Fahne u. s. w., sind von der Redaktion zurückzuweisen, resp. zu kürzen.

Das Adressenverzeichnis, sowie der Versammlungskalender sind als besondere Beilage alle Quartale dem „Proletarier“ beizulegen und zwar in Broschürenform.

**Zahlstelle Frankfurt** beantragt:

Den „Proletarier“ alle acht Tage erscheinen zu lassen.

**Einzelmitglieder in Leipzig:**

**Zu § 11, Abs. 1,** hinter den Worten: „Außer diesen werden noch vom Vorstände drei Mitglieder als Revisoren ernannt, einzufügen:

Dieselben sind verpflichtet, auch außer der Zeit der vierteljährlichen Revision ohne vorhergehende Anmeldung die Bücher und Kasse zu prüfen.

**Zu § 16:** Zahlstellen von 400 Mitgliedern können einen Delegierten wählen. Orte, in denen mehr als 400 Mitglieder sind, können für weitere 600 Mitglieder wieder einen Delegierten wählen. Kleinere Zahlstellen werden zu Wahlkreisen von 300 bis 600 Mitgliedern vereinigt.

Der Verbandstag wolle beschließen: Alle zum Verbandstag gestellten Anträge sind zusammengestellt nebst dem Vorstandsbericht zu drucken und mindestens 14 Tage vor jedem Verbandstag sämtlichen Zahlstellen und Delegierten zuzustellen. Die Veröffentlichung im „Proletarier“ fällt weg.

## Die Lohnkommission der Hamburger Zahlstellen unseres Verbandes.

Den Hamburger Kollegen und Kolleginnen dürfte es im Allgemeinen bekannt sein, daß die diesigen Zahlstellen durch ihre Vorstände mit einander in Verbindung stehen. Angelegenheiten, die alle Zahlstellen angehen, werden in den kombinierten Vorstandssitzungen beraten und vorbehaltlich der Zustimmung der einzelnen Mitgliedschaften werden gemeinsame Beschlüsse gefaßt. Es wird dadurch meistens viel Zeit, viel Geld gespart und vor Allem erhalten alle Maßnahmen dadurch den Charakter der Einheitlichkeit und bei den einzelnen Mitgliedschaften wird das Gefühl der Zusammengehörigkeit, das Solidaritätsgefühl gestärkt.

Die kombinierten Vorstände haben aus ihrer Mitte einen Ausschuss, die Lohnkommission gewählt. Deren Funktionen zu erklären und die Kollegen und Kolleginnen anzuregen, bei allen einschlägigen Vorkommnissen die Vermittlung dieser Kommission in Anspruch zu nehmen, ist der Zweck dieser Zeilen.

Wie der Name schon andeutet, hat die Kommission den Zweck, bei vorkommenden Lohnunterschieden zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern den Vermittler zu spielen. Mögen die Lohnunterschiede nun in Lohnabzügen oder in Forderungen um Erhöhung des Lohnes bestehen. Ferner vertritt die Kommission durch ihre Vermittlung Absicht zu schaffen bei Klagen über die Arbeitszeit. Wo die vereinbarten Pausen nicht innegehalten werden, wo permanent Ueberstunden-, Nacht- oder Sonntagsarbeit verlangt wird und vor Allem auch, wenn die Arbeiter irgend eines Betriebes Forderungen auf Verkürzung der Arbeitszeit stellen wollen; ferner wenn Klagen über die zu Theil gewordene Behandlung vorliegen, wenn Klagen zu führen sind über mangelnde Schutzvorrichtungen, mangelnde Ventilation, mangelnde oder in verbesserungsbedürftigen Zustände befindliche Aborte, Antieideräume u. s. w., in allen solchen Fällen, wo die Kollegen und Kolleginnen Klagen irgend welcher Art haben, haben sie sich an den Bevollmächtigten ihrer Zahlstelle zu wenden. Dieser theilt ihre Beschwerde sofort der Lohnkommission mit, zu deren Sitzung der beschwerdeführende Kollege oder die Kollegin eingeladen werden und ihr Anliegen vorbringen können. Ist die Beschwerde gerechtfertigt, so übernimmt in allen Fällen die Kommission die Vermittlung in der Sache, ohne dem Arbeitgeber den Namen des beschwerdeführenden Arbeiters oder Arbeiterin zu nennen.

Das Wirken der Kommission ist bisher äußerst reichhaltig sowohl für den einzelnen Kollegen oder die Kollegin, als auf den Verband gesehen. Namen Kollegen von Arbeitstellen, wo nur ein kleiner Prozentsatz der Arbeiter organisiert, hat die Kommission ihre Vermittlung zwar nicht verweigert, aber stets daneben darauf verwiesen, wie viel wirksamer ihre Intervention sein würde, wenn alle in Frage kommenden Arbeiter hinter ihr ständen, hat also noch neben dem eigentlichen Gebiete agitatorisch in bedeutender Weise gewirkt. Dann aber hat sie durch ihre Vermittlung bei den verschiedenartigsten Differenzen mancher Arbeitseinstellung und mancher Maßregelung vorgebeugt. Das soll auch vor allen Dingen ihr Zweck sein. Die Kom-

mission kommt nicht namens des einzelnen oder der einzelnen Arbeiter, sondern namens des Verbandes im Interesse der Arbeiter. Dadurch wird das Interesse der Arbeiter sicher bei Weltam besser vertreten, als gingen sie einzeln vor, da ihren Forderungen ein viel größerer Eindruck verliehen wird durch die Thatsache allein, daß es eine Organisation ist, die sich ihrer Sache annimmt. Ein friedliebender, vernünftiger Arbeitgeber, der in seinem Arbeiter nicht seinen Sklaven, sondern den gleichberechtigten Nebenmenschen sieht, wird von vornherein gern mit der offiziellen Vertretung seiner Arbeiter unterhandeln, schon allein, weil dadurch die offizielle Beschlußfassung, die Uebereinkünfte eine sicherere Grundlage, bindendere Kraft erhalten. Ist der Arbeitgeber jedoch ein Prok, dem schwer etwas abzurufen ist, der sich gern auf den Sklavenhalterstandpunkt stellt, so wird ihm unbedingt eher durch die Kommission, als durch einen einzelnen seiner Arbeiter etwas abzurufen sein. Auf alle Fälle aber ist ihm die Gelegenheit genommen, sein Mithögen an dem Vorkämpfer unter seinen Arbeitern durch Entlassung usw. zu kühlen. Wer der oder die Beschwerdeführer waren, erfährt er eben nicht, das ist nur die Lohnkommission. Ist es auch nicht immer Arbeiterfreundlichkeit oder Gerechtigkeits Sinn, so ist es die Klugheit und die Furcht vor der Öffentlichkeit, die manchen Unternehmer zum Nachgeben der Kommission gegenüber bringt. Für uns ist die Hauptsache, daß der Zweck erreicht, die Differenzen in friedlicher Weise zu Gunsten unserer Kollegen beigelegt sind. Das ist doch unter allen Umständen schon aus rein materiellen Gründen für die Kollegen wie für den Verband äußerst erwünscht. Dann aber liegt auch in der Thatsache, daß man mit unserer Lohnkommission unterhandelt, und zwar nach dem Ausdruck einer ganzen Reihe von Arbeitgebern gern unterhandelt (hat doch erst in jüngster Zeit ein Unternehmer, Mitglied des Arbeitgeberverbandes hier am Orte, sich lobend über die objektive und sachliche Art der Unterhandlung ausgesprochen; durch die Schilderung seiner Kollegen im Arbeitgeberverbande habe er sich die Kommission ganz anders vorgestellt, erklärte derselbe), die Anerkennung unserer Organisation als offizielle Vertretung der Arbeiter, und das kann wieder nur beiderseits von Vortheil sein. Ist aber einmal die Vermittlung erfolglos geblieben, so bleibt es uns nach sorgfältiger Abwägung der gegenwärtigen Chancen noch immer unbenommen, unsere Maßnahmen weiter zu treffen. Eine ganze Anzahl Kollegen in den verschiedensten Betrieben, vor Allem auch eine ganze Reihe Kaffeeverkäuferinnen haben die Wirksamkeit der Kommission als äußerst legendreich empfunden.

Hätte man der Kommission die Vermittlung in der Angelegenheit von Pein u. Co., einem Zementlager in St. Georg, wo die Arbeiter einige Pfennige Lohnhöhung und eine Stunde Arbeitszeitverkürzung forderten und durchsetzen, überlassen, wäre dieser Zweck erreicht worden, ohne daß zwei alte, lange dort beschäftigte Arbeiter gemahregelt worden wären, weil sie den Vorkämpfer machten. Aber als diese Kollegen zu einer Sitzung der Lohnkommission geladen waren, erschienen sie nicht und gingen stattdessen selbst vor. Ihre Forderungen wurden ihnen, als die Firma sah, daß es Ernst sei, zwar bewilligt, aber zwei mußten dann „fliegen“. Das hätte vermieden werden können, wäre man, wie oben gezeigt, vorgegangen. Deshalb ersuchen wir sämtliche Kollegen und Kolleginnen, bei vorkommenden Differenzen an ihrer Arbeitsstelle nicht gleich „in den Sad zu hauen und die Arbeit einzustellen“, auch nicht selbst vorstellig zu werden beim Unternehmer, sondern sich unter allen Umständen an den Bevollmächtigten ihrer Zahlstelle zu wenden, der die aus tüchtigen, erprobten Kollegen zusammengesetzte Lohnkommission mit der Regelung ihrer Sache betrauen wird, zum Nutzen des Einzelnen, wie des Verbandes.

## Soziale Rundschau.

Die Lage des Arbeitsmarktes ist noch andauernd günstig. Wenn gleich nach den Berichten der Krankenkassen an die Berliner Halbmonatsschrift „Der Arbeitsmarkt“ die Zahl der beschäftigten Arbeiter im April weniger zugenommen hat, als in dem entsprechenden Monat des Vorjahres (um 2,7 Prozent gegen 3,5 Prozent), so liegt doch auch hierin immerhin noch eine Vermehrung der beschäftigten Hände. An den Arbeitsnachweisen ist eher Mangel als Ueberfluß an Arbeitern zu merken. Auf 100 offene Stellen kommen nur 96,7 Arbeitsuchende (gegen 99,0 im vorjährigen April). Unerfreuliche Symptome wie die Betriebs einschränkung der Kammgarnspinner sind vorhanden, aber noch nicht tonangebend. Selbst im Baugewerbe, wo die Konjunktur sicher nachgelassen hat, treten auf dem Arbeitsmarkte noch keine schädlichen Folgen zu Tage. Dagegen erwachsen auch für den Arbeitsmarkt lebhafteste Befürchtungen aus den Vorgängen am amerikanischen Eisenmarkte. In dem starken Preisrückgang des amerikanischen Eisens seit dem 16. April erblicken die europäischen Börsen geradezu das Sturmsignal der wirtschaftlichen Krisis: Preissturz, Betriebs einschränkung, Arbeitslosigkeit. Wenn die Berliner Börse diese Gefahr für Deutschland noch ernst nimmt, als sie ist, wenn sie die Kurse der deutschen Industriepapiere ebenso herabsenkt, wie London und Brüssel, so ist in dieser Ueberfüllung doch nur der Rückschlag gegen die frühere allzu große Sorglosigkeit zu erblicken. Noch ist der Preisunterschied zwischen Amerika und Deutschland größer als Fracht und Zoll. Eine unmittelbare Gefahr für

den deutschen Arbeitsmarkt besteht deswegen augenscheinlich noch nicht.

Die Einkommensverhältnisse in Preußen. Nach der Aufnahme von 1899 gab es, wie die „Statistische Korrespondenz“ mitteilt, 390 957 (physische) Personen mit mehr als 3000 Mk. Einkommen. Sie bilden mit ihren unselbstständigen Angehörigen nur 4,01 Prozent der Gesamtbevölkerung Preußens. Dazu muß selbst das wissenschaftliche Blatt sagen:

Besonders günstig erscheint dieses Ergebnis wohl keineswegs. Die Haushaltungen mit mehr als 3000 Mark Einkommen begreifen danach einen im Verhältnisse zur Gesamtheit nur geringen Bruchteil des Volkes, obgleich sie bei der städtischen wie bei der ländlichen Bevölkerung nicht nur die wohlhabenden Klassen, sondern auch einen großen Teil der Schicht einschließen, die man als „besseren Mittelstand“ zu bezeichnen pflegt.

### Vom sozialen Kampfplage.

Die Differenzen mit der Ziegelei und Zementfabrik Merkur sind durch Vergleich beendet. Es ist ein vierklassiger Lohnstarif eingeführt. Nach der ersten Klasse beträgt der Tagelohn 2,50 Mk., 2. Klasse 2 Mk., 3. Klasse 1,50 Mk., 4. Klasse 1 Mk. bis 1,25 Mk. Die beiden letzten Klassen gelten für Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter. Der Affordtarif hat eine Aufbesserung erfahren. Die Heizer erhalten pro Tag eine Zulage von 10 Pf. Die Zugeständnisse sind sehr geringfügiger Natur; nur unter Berücksichtigung des Umstandes, daß sie in Ostelbien gemacht worden sind, verdienen sie die Bezeichnung Aufbesserung. Das Wichtigste ist, daß die Arbeiter noch Aufstellung des Tarifs nun überhaupt wissen, was sie verdienen. Die Art der Berechnung war früher Fabrikgeheimnis.

Die Aussperrung der Lübecker Kollegen ist beendet. Am 21. Mai ist die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem ihnen von der Maschinenbau-Gesellschaft und von Werft von Henry Koch eine Zulage von 2 Pf. pro Stunde gewährt worden war. In Spandau hat unsere Zahlstelle, die nun 126 Mitglieder zählt, einen Erfolg für die Kollegen errungen. Die Direktion der Gemischen Fabrik auf dem sogenannten „Salzhof“, wo die Kollegen fast sämtlich organisiert sind, hat sich denn auch den ruhigen, einseitigen Wünschen der Arbeiter um Aufbesserung ihrer Lage in mancherlei Beziehung nicht verschlossen, sondern diese Wünsche in der Hauptsache ohne Weiteres erfüllt.

Die auf der Geflügelmästerei der Herren Gebrüder Maier in Frankfurt a. M. beschäftigten Verbandsmitglieder, 20 an der Zahl, forderten eine Regelung ihrer Arbeitsverhältnisse. Sie forderten die 10stündige Arbeitszeit, bislang war 11- bis 12stündige nicht selten; Bezahlung der Zeit, die 10 Stunden überschreitet, als Ueberstunden; Bezahlung der Sonntagsarbeit; Einführung einer regelmäßigen Mittagspause, welche nach der Arbeitsordnung heute wohl eine Stunde betragen soll, aber nicht innegehalten wird, dann eine Lohnserhöhung.

Die Firma erklärt sich bereit, Folgendes zu gewähren: Für verheiratete Kollegen 10stündige Arbeitszeit, einen Stundenlohn von 40 bis 46 Pf., Bezahlung der Ueberstunden sowie die Sonntagsarbeit für 2 Pfennig die Stunde, sowie Kost und Logis. Die Arbeiter acceptierten und betrachteten die Sache als abgeschlossen. Wer beschrieb aber ihr Erstaaunen, als ein Kollege, der beauftragt worden war, die Forderungen im Namen der Arbeiter zu überreichen, unter Auszahlung von 14 Tagen Lohn sofort entlassen wurde, und anderen Kollegen die Entlassung angedroht wurde, wenn sie an einer Zusammenkunft der Arbeiter mit dem Bevollmächtigten teilnehmen sollten. Nachdem darauf eine Abordnung der Arbeiter bei den Betriebs-eignern vorstellig geworden, konnte die Entlassung als rückgängig angesehen werden.

In Schöneck hatten die Banarbeiter auf der Zementfabrik die Arbeit eingestellt; sie konnten sie nach zwei Tagen wieder aufnehmen, nachdem ihnen in der Mehrzahl ein Stundenlohn von 30 Pfennig zustanden war.

Der Streik der Banarbeiter Kolbergs ist am Montag, den 28. Mai, durch eine Versammlung beendet worden, nachdem an diesem Tage sowohl als zwei Tage vorher Einigungsverhandlungen gepflogen worden waren.

In Potsdam ist ein Ausstand der auf Bauten beschäftigten Arbeiter durch einen Vergleich vermieden worden.

### Die zweite Konferenz des Gaues 5

tagte am 29. April im Restaurant „Zur Sachsenburg“ in Leitzsch. Der Vorsitzende G. Gerth eröffnete die Konferenz und ließ die Anwesenden willkommen und sprach die Hoffnung aus, daß die heutigen Verhandlungen zu Kund und Frommen des Verbandes beitragen würden. Auf der Konferenz vertreten war der Gauvorstand durch 4 Mitglieder, ferner sind anwesend Delegierte der Zahlstellen Altenburg, Zornsdorf, Bitterfeld, Greppin, Halle a. S., Halle R., Leitzsch, Merseburg, Nietleben, Pappendorf, Weißenfels, Bitterberg und Jörzig. Auf Antrag des Vorsitzenden wird der als Gast anwesende Kollege Frau Z. Juch getarnt, er hat Verhandlungen abgeschlossen. Zunächst erhebt das Wort Kollege Müller. Derselbe bezieht die Aufmerksamkeit im Namen der Zahlstelle Halle R. und spricht ebenfalls die Hoffnung aus, daß die heutigen Verhandlungen zur Beseitigung unserer Verbandsbeiträge beitragen würden, damit dieser in absehbarer Zeit zur größten und leistungsfähigsten Organisation Deutschlands heranzuwachsen. Im Anschluß daran spricht Kollege Köhlmann. Die Einnahmen betragen 24,55 Mk., die Ausgaben 20,49 Mk., mithin bleibt ein Ueberschuß von 4,06 Mk.

In der Debatte hierüber wurde anerkannt, daß die Klassenverhältnisse zu einer weiteren erfolgreichen Agitation ungenügend sind. Geachtet wurde, daß außer Halle und Zornsdorf keine andere Zahlstelle die Gaufasse materiell unterstützt hat. Im Uebrigen wurde vom Kassier, Kollegen Ende, die Befreiung der Ausgaben des Kassiers gemacht und die Berechnung gegeben, Alles in bester Ordnung gefunden zu haben. Darauf wurde dem Kassier Decharge erteilt. Kollege Gerth berichtete sodann über die Tätigkeit des Gauvorstandes.

Zur Erledigung der Geschäfte waren 5 Sitzungen notwendig. Briefe und Karten sind eingegangen 64 und ausgegangen 80. Leider hat nicht eine einzige Zahlstelle dem Gauvorstande Berichte über die internen Verhältnisse eingeleitet, so daß der Gauvorstand nicht in der Lage ist, Mitteilungen über den jetzigen Stand und die im Jahre gemachten Fortschritte bekannt zu geben. Von gutem Erfolge war die von der Kollegin Frau Juch ausgeführte Agitationstour, welche ca. 150 Mitglieder dem Verbande zugeführt hat, getarnt. Daß die Agitationstour besonders in der Umgebung von Halle reiche Früchte getragen hat, wird von dem betr. Kollegen bestätigt; das Verdienst hierfür schreibt die Kollegin Frau Juch nicht der regen Agitation der Halleischen Kollegen den Bemühungen des Ober-Präsidenten Herrn v. Boetticher zu.

Wegen Regelung der Agitationstour und weil in Zeit und Merseburg Anknüpfungspunkte nicht gefunden sind, wurden Vorwürfe erhoben, gegen die sich der Gauvorstand energisch verwehrte, und die sich auch im Laufe der regen Debatte als haltlos ergaben.

Aus dem Bericht der Delegierten ergab sich, daß über die Löhne als ungenügend geklagt wird, denn wenn auch in einigen Fällen eine geringe Erhöhung verzeichnet wird, so existieren immer noch Löhne für die ohnehin männliche Arbeiter von 18-24 Pf., für weibliche Arbeiter von 10-14 Pf., und dafür bei inhumaner Behandlung schwere und gesundheits-schädliche Arbeit. Gewünscht wurde, daß die Polizei die gleiche Aufmerksamkeit, die sie sonst dem Bestreben der Arbeiterkraft, ihre Lage zu verbessern, entgegenbringt, auf die Uebertretungen der Gewerbeordnung und Nichtbeachtung der Unfallversicherungs-Vorschriften seitens der Unternehmer überträgt. Die Berichte über die Entlohnung und die Fortschritte der einzelnen Zahlstellen lauteten zum Teil günstig, andererseits aber entrollten sie ein trübes Bild und zeigten, daß noch ein Indifferentismus vorhanden ist, und den zu bekämpfen es einer unermüdbaren Agitation bedarf.

Ein Antrag Weissenfels, die nächste Konferenz in Weissenfels abzuhalten, wird angenommen. Als nächste Aufgabe des Gauvorstandes wird für notwendig erachtet, in den industriereichen Dörfern unseres Bezirks Anknüpfungspunkte zu suchen und daß, wenn die Tätigkeit des Gauvorstandes eine erprobte sein soll, die Zahlstellenleitungen dem Gauvorstande Berichte zur Orientierung zugehen lassen und, um die Mittel zur Agitation zu erhalten, materielle Unterstützung zu leisten. Zur „Zahl des Gauvorstandes“ war von den Zahlstellen Halle-R. sowie Halle-S. der Antrag gestellt, die Gauleitung nach dort zu verlegen. Von Seiten des Gauvorstandes wurden diese Anträge auch befristet vom Kollegen Günther dagegen beantragt, den Sitz in Altenburg zu belassen. Bei der Abstimmung wurden 4 Stimmen für Halle und 8 Stimmen für Altenburg abgegeben.

Unter „Verschiedenes“ wurde angeregt und für richtig erachtet, den zur diesjährigen Verbandstage zu entsendenden Delegierten den Auftrag zu erteilen, sich gegen Anträge zu verhalten, welche eine Besneidung der den Zahlstellen zustehenden 33/3 Prozent bezwecken. Von den beiden Zahlstellen Halle wird gegenständig der Vorwurf erhoben, sich einander Mitglieder abzunehmen. In der Debatte hierüber wird dringend davor gewarnt, sich deshalb zu entscheiden, da es doch egal ist, ob ein Kollege dieser oder jener Zahlstelle angehört, die Hauptsache ist doch, daß man überhaupt organisiert ist.

### Gaukonferenz des Gaues 16.

Die diesjährige Konferenz tagte Sonntag, den 6. Mai, in Schwanau im Lokale des Herrn Dünker. Bertraten waren die Zahlstellen Lützen durch 3, Schwanau und Schlutup durch je 2, Selmsdorf, Fürstenberg i. M., Grevesmühlen, Strelitz, Stodelsdorf, Malente, Gatin, Travemünde durch je 1 Delegierten, nicht vertreten war die Zahlstelle Wusthul i. M. Der Verband zählt augenblicklich zu den genannten Zahlstellen 1826 Mitglieder. Nach dem Bericht des Vorstandes wurden 16 öffentliche Versammlungen abgehalten, ferner wurden 6 Mitgliederberatungen seitens des Gaues mit Referenten besetzt. Die Gaufasse hatte bei 171,11 Mk. Einnahme und 164,95 Mk. Ausgabe einen Bestand von 9,16 Mk. aufzuweisen. Es wurde den Zahlstellen aus Herz gelegt, die Gaufasse mehr als bisher zu stärken. Es folgten die Situationsberichte. Lübeck hat sehr gute Erfolge zu verzeichnen und hat es auf eine Mitgliederzahl von 1054 gebracht, doch ist trotzdem noch ein großes Feld zu bearbeiten; es giebt noch recht viele Indifferente. Leider hatten sich auch Frauen und Töchter organisierter Arbeiter aus nützlichen Gründen der Organisationsarbeit fern, auch unterbleibt die schon so oft gerügte Solidarität, der Gewerkschaften untereinander immer noch nicht ganz. An der Ausperrung ist die Zahlstelle sehr stark beteiligt. Die Zahlstelle Schwanau hat einen Aufschwung von 150 auf 270 Mitglieder zu verzeichnen. Bitterfeld herrscht noch große und unbegründete Furcht vor den Arbeitgebern. Besonders die Zementfabrik zeichnet sich durch heftigen Indifferentismus aus. Ähnlich lautet der Bericht von Schlutup, wo die Mitgliederzahl seit der Gründung von 17 auf 39 gestiegen ist. Selmsdorf leidet unter den mecklenburgischen Zuständen. Das Döbrienerland hat belämmlich keine eigene Auslegung der Reichsgesetze. In einer Versammlung des landwirtschaftlichen Vereines - so erklärte der Delegierte - haben die Grundbesitzer erklärt, sie wollten Lübeck aushungern, indem sie ihr Korn nicht verkaufen wollen, dann würden die Arbeiter schon zu Grunde liegen. Die Zahlstelle Fürstenberg hat sich ohne äußerlichen Anstoß entwickelt, die Roth hat die Arbeiter in die Organisationsarbeit getrieben, der heute 92 Personen angehört. Befriedigt liegt es in Strelitz. Dort sind durch den Banarbeiterverein eine Anzahl Kollegen in Mitleidenschaft gezogen und der Hauptvorstand hat die Unterstützung verweigert, was nachteilige Wirkungen zeitigt hat. Grevesmühlen leidet sehr unter dem Terrorismus der Arbeitgeber, welche sich alle erdenkliche Mühe geben, den Verband zu sprengen und leider an der Gleichgültigkeit und Passivität der Arbeiter Hilfe finden. Die Zahlstelle Stodelsdorf hebt sich, doch wird über launen Versammlungsbesuch und über die Konkurrenz des Banarbeiterverbandes geklagt. Gatin konnte über eine normale Entwicklung berichten. Maßregelungen seitens der Arbeitgeber finden nicht statt, der Versammlungsbesuch ist ein guter. In Travemünde wurde seit der im Herbst vorigen Jahres erfolgten Gründung der Mitgliederzahl von 17 auf 40. Durch die nach dieser Zeit erfolgte Gründung einer Zahlstelle des Banarbeiterverbandes ist eine Störung in der Agitation eingetreten. Die Zahlstelle Malente hat über einen Aufschwung zu klagen. In der Diskussion wurde sehr gerügt, daß der Banarbeiterverband in kleinen Orten, an denen schon Zahlstellen des Banarbeiterverbandes bestehen, eigene Zahlstellen errichtet und dadurch die gesamte Organisation spaltet und schädigt. Bemerkenswert wurde auch, daß der Hauptvorstand den Streiker Kollegen keine Unterstützung gewährt hat. Für die Agitation wurde das bisherige Verfahren auch für die Zukunft genehmigt: zunächst intensive mündliche Agitation und dann zu geeigneter Zeit eine Versammlung. Im nächsten Jahre soll

eine Vorstandskonferenz abgehalten werden. Wenn auf einer Arbeitstafel Differenzen ausbrechen, an denen mehrere Vorstände beteiligt sind, sollen sich diese in Zukunft zur Regelung der Sache miteinander in Verbindung setzen. Einstimmig angenommen wurden ferner die Vorschläge der Zahlstelle Lübeck resp. des Gauvorstandes, wonach 1. die Zahlstellen dem Gauvorstande aus den Sozialkassen vierteljährlich Gelder zuwenden sollen und 2. zum demnächst stattfindenden Verbandstage die Forderung gestellt wird, daß die Gelder zur Agitation nach einem anderen System, als bisher üblich, an die Gaue verteilt und letzteren das Geld ohne Antrag überwiesen werden soll. Weiter wurde noch eine Resolution angenommen, wonach die Gaukonferenz ihre Mißbilligung darüber ausspricht, daß die Gaukonferenz des Gaues 14 (Schwanau) im vorigen Jahre in Elmshorn dem Vertreter des 16. Gaues, welcher beauftragt war, in der Agitation eine Geld- und Zeit ersparende Uebersetzung zu beschaffen, gar nicht zur Begründung des Wortes erstatete. Um 8 Uhr erfolgte Schluß der Konferenz.

### Korrespondenzen.

Die Wahlen sind bis zum 15. Juni vorzunehmen, an diesem Tage werden auf Grund der eingeleiteten Wahlprotokolle die Wahlresultate festgestellt.

Altona - Ottenen. In der am 10. Mai abgehaltenen gemeinschaftlichen Mitgliederversammlung hielt zum 1. Punkt der Tagesordnung Genosse Langhüter einen Vortrag über: „Die wirtschaftlichen Kämpfe früher und jetzt.“ Redner schilderte in sehr ausführlicher Weise, daß die wirtschaftlichen Kämpfe schon in der römischen Zeit sich abgepielt haben, nur mit dem U. sich ab, daß heute nicht mehr mit den brutalen Machtmitteln gekämpft wird, die früher üblich waren, sondern die Arbeiter haben das Bestreben, mit gesetzlichen Mitteln ihre Forderungen durchzusetzen. Dem Redner wurde für seinen Vortrag reichlicher Beifall zu Theil. Unter dem 2. Punkt: Anträge zum Verbandstage, wurde beschlossen, daß die Zahlstellen Altona-Ottenen die Anträge gemeinsam stellen. Der Zentralvorstand soll auf dem Gewerkschaftskongress dafür eintreten, daß nur ein Verband von ungelerten Arbeitern gegründet wird. Ein Antrag von der Verwaltung, den Hauptvorstand zu ersuchen, den Kollegen Gathof wegen seines unsozialistischen Verhaltens im Brauerei-Gilfsarbeiterstreik aus dem Verband auszuscheiden, wurde angenommen. Die Versammlung sprach ihr Bedauern darüber aus, daß Gathof, der noch in der Versammlung für den Streik stimmte, auch sonst stets für die Arbeiter Sache eingetreten sei, sich einer solchen Handlung schuldig machte. Kollege W. verliest ein Schreiben vom Gewerkschaftsrat, worin für die ausgesperrten Warmwasser-Gaswerker Arbeiter um eine Unterstützung ersucht wird; da noch ein zweites Schreiben von Kollegen Brey angekommen ist, das die Unterstützung der Kollegen in Göttingen empfiehlt, außerdem in Hilfe eine Aussperrung vorgenommen ist, wurde beschlossen, dem Vorstand 40 Mark zuzusenden, die Warmwasserarbeiter dadurch zu unterstützen, daß ihnen der Ertrag der noch zu verkaufenden Karten zugeführt wird.

Berlin. In der außerordentlichen Generalversammlung, die am 3. Mai im Kolberger Salon tagte, hielt Kollege Schumann als Gau-Vorsitzender einen Vortrag über die Tätigkeit des Gauvorstandes und befristete, daß die einzelnen Zahlstellen sowohl wie die Mitglieder mit dem Gauvorstand in engere Fühlung treten müßten, dann werde es ein leichteres und wirksameres Unternehmen sein. Da Kollege Schumann aus Geschäftsgründen sein Amt als Gau-Vorsitzender niederlegte, wurde Kollege Funt als Gau-Vorsitzender gewählt. Nach einer kurzen Diskussion wurde darauf hingewiesen, daß dem Gauvorstande mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden müßten, damit er eine größere Agitation entfalten kann. Der Klassenbericht des Gaufassers wurde von den Revisoren für richtig befunden.

Bernburg. Sonnabend, den 19. Mai, tagte eine außerordentliche Mitgliederversammlung. Der Bericht von der Gaukonferenz wurde in ausführlicher Weise gegeben. Einige Beschlüsse und Gegenstände, die vor der Konferenz gefaßt und beraten worden waren, veranlaßten eine Auseinandersetzung. So auch die Streikunterstützung. Es wurde jedem Kollegen zur Pflicht gemacht, bei Streiks 10 Pf. Streikunterstützung die Woche zu zahlen. Dann wurde festgestellt, daß Bernburg nicht über 33/3 Prozent der Einnahmen aus Wochenbeiträgen verbrannt habe. Die in diesem Zusammenhang stehenden Vorwürfe seien also ungerichteter Weise erhoben worden. Dann wurde zu dem Verbandstage Stellung genommen und Vorschläge zu den Delegiertenwahlen gemacht.

Calbe a. S. Sonntag, den 20. Mai, tagte in der Reichskapelle unsere Mitgliederversammlung. Zu Punkt 1 der Tagesordnung stand Klassenlegung pro 1. Quartal 1900. Die gesammte Einnahme ergab 542,60 Mk., davon wurden abgeführt an den Hauptvorstand 366,90 Mk., Sozialausgaben 82 Mk., Sozialkassenbestand 93,70 Mk., dem Streikfonds wurden 24,55 Mk. überwiesen. Nachdem die Klassenlegung nicht beanstandet war, wurde die Verwaltung Entlastung erteilt. Zu Punkt 2 erstattete Kollege Hölze den Bericht vom Gauung in Köthen. Darauf wurde auf Antrag Hölze der Gauvorstand gewählt. Derselbe besteht aus Friedr. Hölze, Vorsitzender, G. Grünberg, Kassier, Friedr. Schulz, Schriftführer, als Revisoren B. Schlei und A. Wesche. Nachdem noch unter „Verschiedenes“ geschäftliche Angelegenheiten der Zahlstelle erledigt wurden, wurde auf Antrag des Kollegen Wagner aus Altenburg zur Erledigung einer Streikfalle eines Kollegen aus unserer Zahlstelle eine 5gliedrige Kommission gewählt. Da weiter nichts vorlag, wurde die Versammlung geschlossen.

Charlottenburg. Eine außerordentliche Versammlung tagte hier in der „Gambinus-Brauerei“ am 4. Mai. Kollege Pohl referierte über die Lohnverhältnisse bei den Firmen Schramm und Schramm und Zimmermann u. Sohn. Die gestellten Forderungen sind bei Zimmermann u. Sohn: Erhöhung des Stundenlohnes um 5 Pf., Arbeitszeit von 6-6 Uhr, Vermeidung der Ueberstunden, andernfalls 10 Pf. Aufschlag pro Stunde; etwa zu machende Ueberstunden sind schon Mittags bekannt zu geben. Die beim Hüllgatter im Sägewerk beschäftigten Kollegen wünschen für 100 laufende Meter einen Aufschlag von 15 Pf. für Vorchnitt. Außer dem Innehalt der Frühstücke und Vesperpausen auch für Ueberstunden 10 Pf. Aufschlag. Die bei den Kreisjägen beschäftigten Kollegen fordern 5 Pf. Aufschlag pro 100 Meter auf die jetzt bestehende Tage. Die Heizer wollen die Vergütung der Mittagspausen und die Veranschlagung eines Lohnstarifs für Affordarbeiten. Endlich wünschen die Arbeiter wegen der jetzt bestehenden Arbeitsordnung mit den Firmen in Unterhandlung zu treten. Im Hüllgatter sind sämtliche Affordarbeiten pro 1000 Meter um 25 Pf. zu erhöhen. Die Forderungen bei der Firma Schramm sind, mit Ausnahme der Erhöhung des Stundenlohnes um 10 Pf., dieselben. Durch Abstimmung erklärten sich dann die anwesenden Arbeiter mit den Forderungen einverstanden. Von den Zimmermann'schen Arbeitern stimmten 91, von den Schramm'schen Arbeitern 67 den Forderungen zu.

Elmhorn. In unserer letzten Mitgliederversammlung hielt zunächst der Kollege Lewin eine Vorlesung aus den „Sozialistischen Monatsheften“. Eine Diskussion hierüber fand nicht statt. Sodann kam es zu einer langen Konsumvereins-Debatte. Der hiesige Konsumverein hat sich nämlich an das Gewerkschaftsstatut gewandt mit der Bitte, zur Förderung des genannten Vereins möge eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung abgehalten werden. Das Statut hat nun aber diese An-

getrennt den einzelnen Gewerkschaften überweisen. Dieser Antrag fand dann schließlich bei uns Annahme. Betreffs der Errichtung einer Auskunftsstelle in Rechtsfragen konnte noch kein Beschluss gefasst werden, da das Kartell noch keine Bestimmungen an anderen Orten eingezogen hatte, und musste diese Angelegenheit nochmals an das Kartell zurückverwiesen werden. Ferner wurde noch Stellung genommen zum Verbandstage in Osterstadt. Von den beiden vorgeschlagenen Kollegen erhielt der Kollege Lemm 11 Stimmen, während der Kollege Schütt, welcher vor 2 Jahren nach Kiel delegiert war, nur 7 Stimmen auf sich vereinte. Somit ist der Kollege Lemm in Vorschlag gebracht, und werden wie die Delegiertenwahl in einer späteren Versammlung vorzunehmen.

**Hennsburg.** Am 17. Mai tagte unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung im Hofischen Hause. Dieselbe beschäftigte sich eingehend mit den gemachten Kollegen Lust und Ehrlichkeit; man drückte seine Mißbilligung darüber aus, daß der Vorstand die Unterstützung verweigere mit dem Bemerkten, die beiden Kollegen hätten die Forderung der Entlassung des Malers Nissen nicht stellen sollen. Da die beiden Kollegen den Direktoren gegenüber diese Forderung gänzlich gestellt haben, weil die Versammlung vom 19. April verlangt hat, sie sollten auf gültigem Wege vorgehen. Das haben die beiden Kollegen aus Befolgung und daraufhin sind sie entlassen worden, mit dem Bemerkten, sie seien Agitatoren. (Auch dieses Vorgehen sollte die Entlassung des dritten Mitarbeiters bezwecken. Der Vorstand hat zur Erreichung dieses Zweckes die Unterstützung versagt, weil er sehr wohl wußte, wie das Beginnen enden würde, nämlich mit der Entlassung der beiden Kollegen. Wegen der Agitation für den Verband ist die Entlassung nicht erfolgt, das wird auch „jedem klaren“ A. B.) Es wird aus diesem selbst einem jeden klaren, daß eine Mahnung vorliegt. Dies scheint der Hauptvorwand nicht Begreifen zu können. Alle Diskussionen standen auf dem Standpunkt, wenn der Vorstand hier nicht unterstützen wolle, man in Zukunft sich hüten wird, agitatorisch vorzugehen. Dem Vorstand möchten wir die Legende vom Alten Fritz und dem Müller ins Gedächtnis rufen: Wenn der Verbandstag in Osterstadt nicht wäre! (Dessen Urtheil haben wir nicht zu scheitern. A. B.) Da wir in den nächsten Tagen die Delegiertenwahlen zu dem 5. Verbandstage vorzunehmen haben, fordern wir unsere Mitglieder auf, recht zahlreich in den nächsten Versammlungen zu erscheinen.

**Hilfenberg.** Ueber die Gantkonferenz referierte der Kollege Louis Witte in der am 13. Mai abgehaltenen Mitglieder-Versammlung, und legte deren Thätigkeit in eingehender Weise dar. Der Kollege Knabe sprach dann über die Bedeutung der Organisation und machte die Anwesenheit, worunter sich auch einige Frauen befanden, mit den Kampfmitteln der Arbeiter bekannt. Diese Versammlung hatte eine weitere Ausbreitung unserer Versammlung bezweckt.

**Grevesmühlchen.** In der am 13. Mai abgehaltenen Mitglieder-Versammlung wurde Bericht von der Gantkonferenz in Schwartau erstattet. Die Mitglieder erklärten sich damit einverstanden, daß von den 33% Prozent dem Gantvorstand Zuwendungen gemacht werden, damit die Agitation wirkungsvoller betrieben werden kann. Auch die übrigen Konferenzbeschlüsse, fanden die Zustimmung der Versammlung.

**Galle a. S.** Am 19. Mai tagte unsere Versammlung, welche einen dritten Bevollmächtigten in Vorschlag brachte. Dann wurde zum Verbandstage Stellung genommen und Kollege Wölfer als Kandidat gewählt. Darauf wurde einstimmig ein Aufruf nach Kapnik beschlossen. Für einen durchreisenden Kollegen wurden 2,90 Mk gesammelt.

**Galle-Norden.** Unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung tagte am 12. d. Mts. in der „Sachsenburg“ zu Trotha und war zahlreich besucht. Zum 1. Punkt erstattete Kollege Müller den Bericht von der Gantkonferenz. Unter Punkt 2. „Stellungnahme zum Verbandstage“, freifte der 1. Bevollmächtigte die Arbeitslosen-Unterstützung. Es wurde beschlossen, die Bevollmächtigten sollten diese Unterstützung und ihre Folgen noch einmal besprechen und das Resultat ihrer Besprechung dann in der nächsten Versammlung zur Debatte stellen. Der Antrag, daß Zahlstellen mit 100—150 Mitgliedern 5 Mk., 150—300 Mitgliedern 10 Mk. und für jede weiteren 100 Mitglieder 5 Mk. an die Gantkasse abzuführen haben, wurde noch einmal zurückgestellt. Die Abrechnung vom Vergangenen ergab ein kleines Defizit. Unter „Verschiedenes“ wurden noch mehrere Angelegenheiten erörtert.

**Galle (Norden).** Am Sonnabend, den 19. Mai, tagte in Schade's „Schützenhaus“ eine öffentliche Versammlung der in der Spinnerei beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Ueber die wirtschaftliche Lage der Arbeiter referierte Genosse Arbeitersekretär Gildenberg. Er zeigte den Anwesenden, wie sich die Unternehmer immer mehr zusammenschließen, damit sie im Stande sind, den Preis ihrer Produkte recht in die Höhe zu treiben zu können, ebenso müßte sich der Arbeiter organisieren, um seine Waare, die Arbeitskraft, so teuer wie möglich verkaufen zu können; nur dadurch sei es ihm möglich, seine Lage zu verbessern. Gleichzeitig kennzeichnete Redner die traurigen Verhältnisse genannter Fabrik. Reicher Verkauf lohnte den Redner am Schlusse seines Referats. In der Diskussion wurde lebhaft Frage geführt über die Löhne, hohen Strafen und die Behandlung. Löhne werden gezahlt von 4 Mk., 4,50 Mk., 5 Mk., 6 Mk., auch einige mit 7 Mk. und 10 Mk. An Strafen werden abgezogen: wer um 9 Uhr kommt 10 Pf., zum Frühstück 25 Pf., bei einem halben Tag 50 Pf. bis zur Höhe von 1,50 Mk. Vor Beendigung des Schlusswortes ging der von der Fabrikleitung entsandene Buchhalter mit 2 Kollegen unter allgemeinem Gelächter zum Saal hinaus; er hatte sich den ganzen Vortrag aufgeschrieben, um dem Besizer Bericht erstatten zu können. 22 Mitglieder wurden gewonnen. Mit einem dreifachen Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung wurde die gut besuchte Versammlung um 12 Uhr geschlossen.

**Hamburg.** In der Mitglieder-Versammlung am 17. Mai hielt Genosse Kaufmänn einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über: „Die Pariser Weltausstellung oder Arbeit ist die Quelle alles Reichtums.“ Dann verlas Ahrens ein Schreiben des Hamburger Gewerkschaftskartells, in welchem die Gewerkschaften aufgefordert werden, für die Warmensteiner Glas-Perlenarbeiter etwas aus ihren Kassen zu bewilligen. Beschlossen wurde, 10 Mk. zu überweisen. Den Kartellbericht erstattete Schütte. Dann wurde zum Verbandstage Stellung genommen. Ahrens bemerkt zunächst, daß die gestellten Anträge in der nächsten kombinierten Vorstandssitzung nochmals beraten werden, um zu verhindern, daß Anträge von den verschiedenen Hamburger Zahlstellen gleichlautend eingebracht werden. Unter Punkt 5. Punkt, innere Verbandsangelegenheiten, verlas Kollege Ahrens ein Schreiben der wegen Eintretens für die Organisation mit Entlassung bedrohten Arbeiter der Firma Sander Söhne in Getzen. Ahrens beantragt, denselben 20 Mk. aus der Kassa zu bewilligen. Dem Antrage wurde beigegeben. Nachdem Kollege Ahrens noch aufgefordert, in Zukunft die Versammlungen besser zu besuchen, wurde die Versammlung geschlossen.

**Sammelu.** Am 12. Mai tagte eine gut besuchte Mitglieder-Versammlung. Zunächst wurde die Abrechnung vom 1. Quartal d. J. verlesen. Einnahme und Ausgabe 5 Angehörten mit 134,55 Mk. Zum Streifonds wurden 139 Beiträge geleistet. Hierbei wurde bemerkt, daß nicht alle Kollegen sich verpflichtet fühlen, Streifenmarken zu nehmen. — Bezüglich der weiblichen Mitglieder war die Versammlung der Ansicht, daß dieselben von dieser Ausgabe befreit sein müßten. (Manu! Verzeihen sie auch auf Unterstützung? P. R.) Kollege Rappner war der Ansicht, daß man auch kein männliches Mitglied dazu

zwingen könne, da die Beiträge zum Streifonds doch freiwillig seien. (O nein! Es ist Pflicht eines Kollegen, für jeden Monat eine Marke für den Streifonds zu lösen! So und nicht anders beschloß der Verbandstag zu Kassel! Dieser Beschluß hat dieselbe Kraft als wie eine kartellmäßige Bestimmung. Schließlich kann man auch kein Mitglied zwingen, Beiträge zu zahlen? P. R.) — Den Kartellbericht erstattete Kollege Henke. Bei der nachfolgenden Diskussion über den Bericht rügte Kollege Boges (Sach) die Ablehnung eines von uns gestellten Antrages. Das Kartell sollte nämlich eine öffentliche Versammlung einberufen, in der zu der bekannten Petition des Berliner Arbeitervereins Stellung genommen werden sollte. Das Kartell lehnte, ohne Gründe anzugeben, gegen die Stimme unserer Delegierten den Antrag ab. Kollege Boges fragte deshalb, was das Kartell dann eigentlich thun wolle, wenn es eine solche wichtige Angelegenheit an sich spurlos vorbeigehen lasse. Redner beantragte am Schlusse seiner Ausführungen die Auflösung vom Kartell. Die Versammlung erachtete diese Forderung als zu weitgehend und lehnte ab. Angenommen wurde jedoch ein weiterer Antrag, laut welchem dem Kartell die Beiträge für das verfloßene Quartal zu entziehen sind. — Als 2. Bevollmächtigter wurde an Stelle des zurückgetretenen Kollegen Kofe Kollege William vorgeschlagen. Ferner wurden als Schriftführer Kollege Kramer und als Revisor Kollege Klein in Vorschlag gebracht.

**Hamm.** Die Versammlung am 10. Mai hörte einen Vortrag des Genossen Pöffer über den deutschen Dauerkrieg. Es wurde auf Antrag des Kollegen Sack beschlossen, in einer der nächsten Versammlungen noch einen Vortrag über dieses Thema halten zu lassen. Die Abrechnung von der Jahressammlung ergab einen Ueberschuß von 2,28 Mk. Zu dem im August stattfindenden Verbandstage wurden die Kollegen S., J. und U. als Delegierte vorgeschlagen. Alsdann wurden den Steinbrucharbeitern in Getzen 50 Mark aus der Kassa bewilligt; außerdem machte der 1. Bevollmächtigte noch auf die Reklamation zum Besten der Glasperlenarbeiter in Warmensteiner aufmerksam. Es wurden dann noch verschiedene Mißstände von der Spinnerei von Peters vorgeworfen. Es wurde mitgeteilt, daß die Arbeiter von Seid's Eisenlager, Spandauerstraße, eine Lohnforderung gestellt haben, bezüglichen die Arbeiter der Fabrik von Oberländer, Billwälder. Nachdem Kollege Sack noch daran erinnert hatte, daß in der nächsten Versammlung die Wahl der Delegierten stattfindet, und ein jedes Mitglied sein Bestes mitzubringen habe, erfolgte Schluß der von 50 Personen besuchten Versammlung.

**Hamm.** Montag, den 7. Mai, tagte unsere Mitglieder-Versammlung, welche gut besucht war. An Stelle des ausbleibenden 1. Bevollmächtigten wurde Kollege Karstens und als dritter Bevollmächtigter Kollege Heinrich Christianen vorgeschlagen. Es wurde beschlossen, den Maurer- und Zimmermeistern ein Schriftstück zu unterbreiten, in welchem eine Lohn-erhöhung für die Bauarbeiter von 30 auf 32 Pf. pro Stunde beantragt und die vom 1. Juni 1900 ab in Kraft treten soll. Zwei Tage darauf erhielten wir ein Schreiben von den Arbeitgebern, worin sie uns mitteilten, daß sie nicht abgeneigt seien, die 32 Pf. pro Stunde, bei 10 Stunden Arbeitszeit, zu gewähren, auf einigen Bauten wurden sogar sofort nach unserm Schreiben 32 Pf. ausbezahlt; aus diesem Grunde ließen wir sämtliche Bauarbeiter zu einer Besprechung nach unserm Bezirkslokale einladen, um ihnen klarzulegen, daß sie die 2 Pf. allein nur durch das Eintreten des Verbandes bekommen hätten. Es sind nur 6 Bauarbeiter hier bei uns organisiert, es kamen aber nur 3 Unorganisierte, 2 ließen sich aufnehmen.

**Hehe.** Am Sonnabend, den 28. April 1900, tagte unsere regelmäßige monatliche Mitglieder-Versammlung. Im ersten Punkt der Tagesordnung wurde vom 1. Bevollmächtigten das bei unserer Hansagitation zur Verbreitung kommende Flugblatt verlesen, welches nach einigen Abänderungen betreffs der Löhne in der Zuckerrüben- und in der Zementfabrik von der Versammlung für gut befunden wurde. Weiter erläuterte der Kollege Karlsen, daß sich die Flugblattverbreiter freiwillig melden sollten. Ferner unserer Mitglieder erklärten, Entschädigung nicht anzunehmen. Im 3. Punkt erstattete unser Delegierter Bericht vom Gewerkschaftskartell den Bericht. Weil sich das Gewerkschaftskartell veranlaßt gefühlt hatte, im Interesse für etwaige Theaterliebhaber das von uns boykottierte Lokal Wänker freizugeben, entspann sich eine lebhafteste Debatte. Kollege Karlsen erklärte es für notwendig, den uns einmal gegen Boykottbeschlüsse auch auszuführen. Kollege Machule führte aus, daß das Kartell den Beschluß über den Besuch der Wänker'schen Theaterstellungen nur gefaßt habe, um kein öffentliches Vergerniß zu erregen. Ein Besuch eines im Oktober vorigen Jahres an den Patentöfen der Hagen'schen Zementfabrik in Bägerdorf verunglückten Kollegen um eine Unterstützung wurde abgelehnt.

**Lehm.** Am Sonntag, den 6. Mai, tagte hier selbst eine Mitglieder-Versammlung, welche fast ausschließlich von Ziegeleiarbeitern besucht war. Als Referent war Max Kiesel aus Berlin erschienen. Derselbe sprach über Zweck und Nutzen der Gewerkschafts-Organisation. Redner beleuchtete die Zustände der kapitalistischen Wirtschaftsweise und wies an der Hand von Zahlenmaterial nach, daß diese Zustände unhaltbar seien und daß die ungelerten Arbeiter in Folge ihrer Zerstückelung am meisten davon betroffen würden. Redner führte als Beweis seiner Behauptung Arbeitszeit und Arbeitslohn in Berlin an. Erstere dauert von 5 Uhr Morgens bis 7 resp. 8 Uhr Abends. Der Arbeitslohn sei gegenüber der Arbeitszeit ungemein niedrig. Daß unter solchen Zuständen die Familie des Arbeiters zu leiden habe, sei leicht begreiflich. Das Familienglück des Arbeiters werde dadurch untergraben. Daß auch hier am Ort durch solche Ausbeutung eine Organisation notwendig sei, bewies die schon nach Hunderten zahlende Mitgliederzahl des Verbandes; es müsse daher Aufgabe der Lehmener Ziegeleiarbeiter sein, die Zahlstelle derselben mehr und mehr auszubauen, um einigermassen erträgliche Zustände zu schaffen. Lassen Sie, so fuhr Redner fort, sich nicht durch Drohungen zurückschrecken, sondern beantworten Sie dieselben durch immer größeren Anschlag an die Organisation. Die Ausführungen fanden den ungetheilten Beifall der Versammlung. Es wurde noch bekannt gegeben, daß die Ziegeleibesitzer bereits versuchen, einen Druck auf die Arbeiter auszuüben, indem verlangt wurde, die Arbeiter sollten ihre Getränke nicht von dem Wirt entnehmen, welcher der Arbeiterbewegung kein Lokal zur Verfügung stellt. Diese Zumuthung wurde mit Entrüstung zurückgewiesen. Nachdem noch 100 Mann dem Verbände beigetreten, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

**Mannheim.** Aus dem Verbandsausgange wurde das Mitglied Philipp Kaufmann, Buch-Nr. 53 761, eingetretten am 6. Mai 1899, geboren am 7. November 1864 zu Hochheim (Hals), wegen Bergschaden gegen § 7 Abs. c. — Das Mitglied Otto Lütke, Buch-Nr. 55 204, eingetretten am 1. Februar 1899 zu Mannheim, ist unter Mitnahme von 28,55 Mk. abgetreten.

**Mägeln.** Am 3. Mai tagte in Frisching's Saalhof eine öffentliche Versammlung der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen. Zum 1. Punkt hatte Genosse Fleißner-Dresden das Referat übernommen und sprach derselbe in seinem 14. Minütigen Vortrage in packender Weise über den wirtschaftlichen Kampf zwischen Arbeitern und Unternehmern. Zum 2. Punkt verlas der 1. Bevollmächtigte die Abrechnung vom 1. Quartal 1900, welche folgendes Resultat aufwies: Einnahme 154,55 Mk., Ausgabe 124,55 Mk., bleiben in der Kassa 30,00 Mk. Hierauf wurde demselben Entlastung erteilt. Zur Gewerkschaftlichen gedachte man zunächst der Herren Berichtführer, ganz besonders aber des klugen Herrn Berichtführers

Thürmer in der Harlan'schen Papierfabrik, welcher die ihm unterstellten Arbeiter oftmals in einer nicht zu billigen Weise behandelt. Reiter hoffen sich auch durch diesen Angelegenheit die meisten Arbeiter einschüchtern, bleiben unserem Verbände fern. Ja, es sind schon Einige besonnen ausgetreten. Kollege Anzmann erwähnte mehrmals die noch in diesem Vertriebe beschäftigten Werkskollegen, sich nur ja nicht treue machen zu lassen, sondern mit größerem Eifer unter den uns noch fernstehenden Kollegen zu agitieren. Sodann wurden noch einige Mißstände in anderen Betrieben erwähnt, wo auch ein sehr hohes Gehalt notwendig wäre. Zum Schluß wurden noch Kollege Berna als Hilfsarbeiter und Kollege Ebert als Revisor gewählt, worauf dann der Referent des Schlusswortes erging, um die Kollegen noch einmal zu wichtiger Agitation anzuapornen, wofür ihm auch der lebhafteste Beifall gesollt wurde. Dann wurde noch folgende Resolution angenommen: Die heutige öffentliche Versammlung der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen erklärt sich vollständig mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und verpflichtet, mit aller Kraft und Energie für den Verband zu agitieren. Mit einem dreifachen Hoch auf den Verband schloß die nur leider nicht zahlreich besuchte Versammlung. Aufgenommen wurden 7 Kollegen.

**Neumünster.** In der letzten Versammlung hatten sich mehrere Personen zur Aufnahme gemeldet, die ohne Widerspruch aufgenommen wurden. Dann legte der 2. Bevollmächtigte die Abrechnung vor. Es wurde sehr getadelt, daß die Revisoren ihrer Pflicht nicht nachgekommen waren und nicht residirt hatten. Zum 3. Punkt entspann sich eine lebhafteste Debatte über die Bestimmung eines Delegierten zum Verbandstag. Es wurde der Beschluß gefaßt, daß die Zahlstelle Neumünster keinen Delegierten aufstellt, sondern in anderem Orde die Aufstellung überläßt. Die hiesigen 2. wieder werden dann beim Reichstagen, der ihnen am georgianischen erscheint, ihre Stimme geben. Im Punkt „Verschiedenes“ wurde beschlossen, zur nächsten Versammlung einen Vortrag über das Thema zu halten: „Warum organisieren sich die Arbeiter?“ Der Referent soll hier vom Orte sein, da wir häufiger davon kommen. Der Vorsitzende wurde beauftragt, einen geeigneten Redner zu besorgen.

**Neuwedel.** Am 28. April tagte in Wanne ein Versammlung, in welcher Genosse Krumpholtz über das Thema referierte: „Warum organisieren wir uns?“ Der Referent referierte dabei die Stellung, welche das Kartell gegenüber den Arbeitern einnimmt. Die finanzielle Lage des Arbeiters sei so mäßig, daß er keine Familie auch nicht annähernd anständig durchbringen könne. Redner erörterte dann noch, wie das Einkommen der Arbeiter noch dadurch geschwächt würde, daß durch die Zoll- und Steuerpolitik den Arbeitern bedeutende Kosten aufgebürdet werden. Es wurde dann noch angeführt, wie der Arbeitgeberverband zu Potsdam das System der schwarzen Listen eingeführt hat und auf Grund derselben die Thätigkeit bis nach Kappin verlegt, um da die Zimmerer aus der Arbeit zu drängen. Ein diese verruchte Thätigkeit bewerkstelligendes Schreiben wurde verlesen. Darauf wurde eine Zahlstelle gegründet. Dann wurde die Lohnfrage erörtert. Kollege Ebert übertrug die Ergebnisse mit, welche durch die Thätigkeit der Lohnkommission gezeichnet worden sind. Dann wurde die Versammlung geschlossen.

**Pinneberg.** Eine öffentliche Agitationsversammlung tagte am 20. Mai im Lokale der Wilmann Meyer inellingen. Genosse Karger aus Hamburg sprach über das Thema: „Was hat der Arbeiter zu thun, um seine Lage zu verbessern?“ Redner wies nach, daß die Organisation für die Arbeiter notwendig ist. Es wurden einige neue Mitglieder für unseren Verband gewonnen.

**Rebeck.** Die am 13. Mai abgehaltene Versammlung genehmigte die vorgelagte Abrechnung vom 1. Quartal. Dann wurde ein Beschluß gefaßt, der sich gegen die Einführung der Vertheilungsmittel auspricht. Die Unterstützung der Gantkonferenz wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt. Eine Anfrage, wie ein Kollege sich zu verhalten habe, neben anderen Kollegen, die nicht dem Verbandsangehörten und die Arbeit niederlegen, wurde dahingehend beantwortet, daß es Pflicht der Kollegen sei, Solidarität zu üben und dann in solchen Fällen dem ersten Bevollmächtigten gleich Mittheilung zu machen.

**Reichshaus.** Sonnabend, den 5. Mai, tagte eine Versammlung im „Reichshaus“. Zum 1. Punkt der Tagesordnung referierte Kollege Rimmich über: „Die gewerkschaftlichen Kämpfe im 19. Jahrhundert“ zur vollsten Zufriedenheit der Zuhörer. Zum 2. Punkt der Tagesordnung gab der Vertrauensmann den Kassenbericht vom 1. Quartal 1900. Derselbe wurde von den anwesenden Revisoren als richtig befürwortet und wurde dann dem Kassier Entlastung erteilt. Beim 3. Punkt der Tagesordnung erstattete Kollege Wolf den Bericht von der Konferenz. Nachdem beim 4. Punkt der Tagesordnung noch einige gewerkschaftliche Angelegenheiten besprochen worden, folgte Schluß der leider nur schwach besuchten Versammlung.

**Reinshaus.** Am 6. Mai tagte eine öffentliche Versammlung, welche ziemlich gut besucht war. Der Vertrauensmann erläuterte die mit dem Arbeitgeberverband gepflogenen Verhandlungen und erklärte, daß unsere Verhältnisse durch Verhandlungen sich doch wesentlich gebessert haben, wenn auch von unserer Forderung, was ja auch voranzuschreiten war, ein großer Theil abgesehen werden mußte. Man wolle hoffen, daß wir im nächsten Jahre das erreichen werden, was wir in diesem Jahre ablassen mußten. Er erwähnte die Kollegen, nach funktionaler Arbeit endlich Frieden zu schließen. Darauf folgte der zweite Punkt, „Geldgültige Beschlußfassung über unsere Forderungen.“ Einige Kollegen verlangten unbedingt die Durchföhrung unserer Forderungen, und wenn nicht anders, so durch Arbeitslosigkeit. Die meisten unserer Kollegen waren aber etwas nachgebiger, sie sprachen sich dahin aus, daß das was wir auf gültigen Wege erzwungen haben, uns durch einen Streit, wenn derselbe zu Ungunsten der Arbeiter ausfallen sollte, wieder vernichtet würde. Nach längerer lebhafter Debatte wurde der Antrag angenommen, mit den Arbeitgebern Frieden zu schließen und folgende vorgeschlagenen Arbeitsbedingungen anzunehmen: 1. Der Stundenlohn für leistungsfähige Kalk- und Steinträger beträgt vom 1. Mai d. J. ab 34 Pf., die Gehaltszulage beträgt in jeder Gänge 1 Pfennig mehr als der festgesetzte Lohn. Dieser Lohn gilt für Potsdam und bis 7 Kilometer im Umkreis; für Wanne wird ein Stundenlohn von 40 Pf. gezahlt. Alle übrigen Arbeiter erhalten in Potsdam einen Lohn von 30 Pf. und in Wanne 35 Pf. 2. Die Arbeitszeit bleibt wie bisher eine 10stündige. 3. Mahregelungen dürfen weder von Arbeitgebern noch von Arbeitnehmern vorgenommen werden. 4. Klagen über Verletzung der Vereinbarung sind beim Vorstand des Arbeitgeberverbandes beim bei den Kommissions-Mitgliedern Fritz Ebert oder Witz, Forstberg, Kumpfer, Grenzstr. 6, anzubringen. Arbeitsunbedingung und Ausparungen wegen solcher Differenzen sind unbedingt unzulässig. 5. Diese Vereinbarung gilt bis 1. April 1901.

**Reinshaus.** Am 13. April tagte in Schreiber's Lokal unsere Mitglieder-Versammlung. Es wurde vom Kartell-Delegierten Bericht erstattet. Zum Verbandstage wurde Kollege Schöler vorgeschlagen. Für die ausgeperrten Kollegen von Sander's Söhne wurden 15 Mk. bewilligt. Beim Vorstand soll eine Unterstützung für die gemachten Kollegen von Eubrich's Söhne beantragt werden. Ferner wurde beschlossen, beim Verbandstage die Errichtung einer Krankenunterstützungskasse zu beantragen.

**Reinshaus.** Am 9. Mai tagte unsere Mitglieder-Versammlung bei v. Eichen. Die vom 2. Bevollmächtigten

verlesene Abrechnung vom 1. Quartal 1900 wurde für richtig anerkannt. Das Mitglied Sawate hatte bei dem Streik der Brauereiarbeiter auf der Hüll-Bräuerei als Arbeitswilliger jugend und wurde aus diesem Grunde aus dem Verlande ausgeschlossen. Es wurde noch zur Sprache gebracht, wie die Arbeiterinnen auf der Mitteldeutschen Kammmarn-Spinnerei von dem Meister Dinge und der Meilerin Frau Day behandelt werden. Dieselben sollen die Arbeiterinnen mit Namen wie Saunenich, Kuntreiber zc. bezeichnen. Auch hat der Meister zwei Arbeiterinnen, als sie nach dem Grunde ihrer plötzlichen, wahrscheinlich wegen ihrer Verbandszugehörigkeit erfolgten Entlassung fragten, mit Schlägen bedroht, wenn sie nicht machten, daß sie rauskämen. Auf der Reismühle von Lüders in Moorfeld sind vier Arbeiter, welche dort für die Organisation agitirten, plötzlich entlassen worden. Der Verband ist zur Zeit nicht in der Lage, hiergegen etwas zu unternehmen, weil in den genannten Betrieben die Organisation noch nicht genügend festen Fuß gefaßt hat, wird aber zu geeigneter Zeit mit diesen Herren abrechnen. Den Glasperlenarbeitern in Wärrnsteinach wurden 10 Mk. und den ausgesperrten Steinbrucharbeitern in Seitensen 50 Mk. Unterstützung aus der Lokalkasse bewilligt.

**Sonneborn.** Nachdem wir bereits bekannt gegeben, daß wir unseren Arbeitgebern einen Lohnantrag unterbreitet haben, halten wir uns auch für verpflichtet, unsere Kollegen auch an anderen Orten das Ergebnis unseres Vorgehens zu zeigen. Es wird dadurch am besten der Beweis geliefert werden, daß auch die Landarbeiter, ohne gegen die bestehenden Befehle zu verstoßen, mit Hilfe des Zusammenhalts etwas erreichen können, wenn sie durch das Wirken der Organisation unterstützt worden sind. Wir haben nun einen Tarif vereinbart, der vom 1. April dieses Jahres bis zum 1. April des nächsten Jahres Gültigkeit hat. Danach erhalten die Männer 1,30 Mk. pro Tag, die Frauen 90 Pf. 5 Zentner Roggen zum Preise zu 6 Mk. Alle früheren Arbeitsbedingungen bleiben. Es waren unter uns ja auch schon einige Kollegen, die glaubten, sie müßten hungern und konnten nicht abwarten, bis sie wieder arbeiten konnten. Diese arbeiten nun um 55 Mk. das Jahr billiger. Diesen Verlust haben sie sich selbst zugeschrieben. Einmal Geduld und Muth, dann hatten sie dasselbe wie die übrigen Kollegen, welche feststanden. Bei dem Herrn Baron von Wangenheim erhalten die Arbeiter nur 1,20 Mk. pro Tag und auch sonst keine Naturalien. Bei dem Herrn sind 5 Schnitter, welche unserem Verbands nicht angehören, diese sagen aber jetzt, ihre Erhöhung hätten sie ohne den Verband bekommen. Die Ueberlegung fehlt ihnen, sonst müßten sie sich sagen, unsere Arbeitskollegen haben uns das, was wir jetzt erhalten, erwungen. Die Arbeitgeber haben erst alles Mögliche versucht, die ansässigen Arbeiter entbehlich zu machen. Waren sie doch gemeinsam unter Führung des Herrn Inspektors vom Wangenheim'schen Gute bestrebt, Polen zu bekommen. Nur einer der Arbeitgeber hatte sowohl die Einsicht, als auch den Muth, dieses Gebahren zu kritisiren. Er sagte, wir brauchen keine Polen, geben wir einen besseren Lohn, dann bekommen wir Arbeiter genug. Aber der Herr Baron ließ Polen kommen. Einer der polnischen Arbeiter erklärte: Ich begreife nicht, warum der Baron Polen kommen läßt, für die Reiseflohen, die er zahlen muß, für die Kosten, welche ihm das Bierern des Werkzeugs verursacht, für den Aufwand für Betten u. s. w. könnte er den ansässigen Arbeitern einen Lohn von 1,80 Mk. zahlen. Es ist nun der Nachweis geliefert, welchen Nutzen die Organisation schafft. Hoffentlich kommen nun auch die wenigen Fernstehenden und schließen sich an.

**Mühlenthorst.** In unserer letzten Mitglieder-Versammlung referirte der Kollege Jeng über die Arbeitslosen-Unterstützung, indem er ungefähr folgendes ausführte: Als in den 70er Jahren der Hopsreber in seine politische Laufbahn eintrat, war eine seiner Hauptforderungen die staatliche Arbeitslosen-Versicherung. Was wir aber von einer staatlichen Versicherung zu halten haben, sehe man am besten bei der Sozialreform. Eine staatliche Arbeitslosen-Versicherung würde eine regelrechte Streikbrecher-Institution werden. Aus diesem folgt, daß wir uns selbst helfen müssen, und dazu seien wir wohl in der Lage. Für unsere Organisation würde dadurch ein passender Mittelbestand entstehen, und diese wirtschaftlich feiner und kampffähiger gemacht. Gewiß wollen wir die Sache nicht über's Knie brechen, aber mit der Zeit werden wir auch dahin gelangen, wo andere Organisationen schon angelangt sind, und die mit der Arbeitslosen-Unterstützung gute Erfahrungen gemacht haben. Kollegen Gabler und Schmidt wandten sich hiergegen. Kollege Eggers beantragte, dem Verbandstag einen Antrag zu unterbreiten, in welchem die 33 1/2 Prozent für Lokalaufgaben auf 50 Prozent zu erhöhen gefordert wird. Für dieses seien aber nur diejenigen Zahlstellen zu berücksichtigen, welche nur einen kleinen Mitgliederbestand haben. Hierauf wurden einige Mißstände von der Abscheitabril erörtert. Hervorgehoben ist, daß ein Meister es gewagt habe, einen Arbeiter zu schlagen und die Afford'sche Herabzudrücken. Es wurde beschlossen, eine öffentliche Versammlung einzuberufen. Nach Erledigung einiger innerer Angelegenheiten erfolgte Schluß der Versammlung.

**Wilhelmsburg.** Am 8. Mai tagte unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung. Bei Genosse Bürger aus Hamburg hielt uns einen Vortrag über „Antike Sklaven und moderne Leiharbeiter“. Der 2. Bevollmächtigte Kople verlas darauf die Abrechnung vom 1. Quartal. Die Einnahme ist 944,57 Mk. Aufgehandelt nach Hannover 637,35 Mk. Die Lokalaufnahme beträgt 339,55 Mk. Die Lokalaufgabe 222,33 Mk., bleibt Bestand 138,47 Mk. Hierauf wurde das Kartellregulativ besprochen und beschlossen, daß man dasselbe anerkenne, wenn uns die rechtliche Zahl Delegirte zur Vertretung im Kartell zugestanden wird, so daß wir die Berechtigung haben, auf Grund der Proportionalwahl auf je 100 Mitglieder einen Delegirten wählen zu können. Des Ferneren soll uns die Bibliothekfrage vorbesprochen bleiben, weil wir schon bereits eine angelegt haben. Die Wahl eines Delegirten zum Verbandstage zu Halberstadt soll in nächster Versammlung vorgenommen werden. Nach Erledigung einiger unbedeutender Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

**Wolfsch.** Die Versammlung, die am 6. Mai tagte, erledigte die Prüfung vom ersten Quartal und ertheilte dem zweiten Bevollmächtigten Entlassung. Die Einnahme belief sich auf 177,20 Mk., davon sind 115,50 Mk. an die Verbandskasse zu zahlen. Der Mitgliederbestand war am Schluß des Quartals 112, davon 12 weibliche. Die Lokalkasse verfügt über einen Bestand von 157,75 Mk. Darauf wurde die Niederlegung der Arbeit einigert bei der Firma Lang beschäftigt gestandenen Kollegen bekannt. Es wurde den Kollegen vor Augen geführt, wie sie sich bei solchen Situationen zu verhalten haben, damit sie nicht, wie es im vorliegenden Falle geschehen ist, als Kavaliersherren angesehen werden. Da die Kollegen jetzt anderweitig in Arbeit sind, ist die Angelegenheit erledigt. Beschriebene Anträge und die Wahl eines Delegirten zum Verbandstage wurden der nächsten Versammlung zur Erledigung überwiesen.

**Zülchtern.** Sonntag, den 6. Mai, tagte unsere Mitglieder-Versammlung im Fiedler'schen Schützenhause. Die Abrechnung vom 1. Quartal wurde vorgelesen und dem zweiten Bevollmächtigten Entlassung ertheilt. Darauf wurde über die Unterstützung der Arbeitslosenunterstützung und den Antrag der Hülfskassen, welcher die Forderungen macht, an die Gewerkschaften zu stellen, verhandelt. Die Versammlung ertheilte sich sowohl gegen die Arbeitslosenunterstützung, als auch gegen den Antrag. Dann wurde in der Loge

verhältnisse auf dem Vulkan besprochen und angeführt, daß die neuangestellten Arbeiter, trotz der gegebenen Zusicherung, nicht alle den neuen Lohnsatz erhalten, sondern daß immer noch verschiedene Meister ihre Arbeiter zu einem Stundenlohn von 28 Pf. einstellen. Das Gewerkschaftskartell soll die Vorstände zu einer Sitzung zusammenberufen. In dieser soll über die Festsetzung der Stundenlöhne für Lohnarbeiter auf 30 Pf., für Afford'sarbeiter auf 27 Pf. beraten werden. Als Vertrauensmann für die Beschwerdekommission wurde Kollege Behnte, als Hilfskassierer Kollege Barlow gewählt. Es ward beschlossen, am Dummelfahrtstage einen Ausflug zu veranstalten.

**Als Kandidaten zu den bevorstehenden Delegirtenwahlen werden folgende Kollegen vorgeschlagen:**

- Zahlstelle Hameln, 1. Wahlkreis: G. Käppner.
  - Zahlstelle Weissenfels, 46. Wahlkreis: Adolf Bräntel.
  - Zahlstelle Bernburg, 50. Wahlkreis: Ed. Fajnett und Gustav Franke.
  - Zahlstelle Kassel, 6. Wahlkreis: Heinz Bachmann.
  - Zahlstelle Koblitz, 49. Wahlkreis: Köhler.
  - Zahlstelle Halle-Nord, 46. Wahlkreis: Gottlieb Müller, Siebichenstein.
  - Zahlstelle Sechtshelm, 54. Wahlkreis: Bernhard Abelung, Mainz.
  - Zahlstelle Hamburg-St. Georg, 11. Wahlkreis: Frau A. Biez, Hamburg.
  - Zahlstelle Halberstadt, 34. Wahlkreis: Jul. Wolfmann, Halberstadt.
  - Zahlstelle Aken, 49. Wahlkreis: C. Penning.
- (Besondere Empfehlungen der Kollegen bringen wir weder an dieser Stelle noch in den Berichten im Abdruck. D. R.)

### Gingefandt.

**Mannheim.** Wie aus der letzten Quartalsabrechnung zu ersehen ist, werden die Streikmarken nicht in der Zahl verkauft, wie es dem Beschluß des Verbandstages und unserer Mitgliederzahl entsprechend sein sollte. Die Gesamtmitgliederzahl beträgt nach dieser Abrechnung 2445. Nach der Anzahl der verkauften 15- und 7 1/2 Pf.-Beitragsmarken (es sind zusammen 292 595) rekurirten sich die durchschnittlichen wöchentlichen Beiträge auf rund 22 500. Es müßten nun nach meinem Dafürhalten in diesem Quartal 67 500 Streikmarken verkauft sein, was einen Beitrag zum Streifonds von 3375 Mk. ergeben würde. Wenn wir nun eine stättliche Summe von Streikmarken abrechnen würden, welche durch raschen Wechsel der Mitglieder, also durch Austritt unterhalb einer Monats-Angehörigkeit zum Verband, unvermeidlich verloren geht, so ist es trotzdem Thatsache, daß eine sehr große Zahl Mitglieder dem Streifonds keine Beachtung schenkt. Ich empfehle den Mitgliedern, die Bilanz der letzten Abrechnung durchzugehen, dann sieht es Jeder, welche kleine Zahl Streikmarken verkauft wurde. Nach meiner Ansicht wäre es Zeit, mit diesen Zuständen aufzuräumen. Um diesem Uebelstande abzuwehren, wäre es gut wenn man die Streikmarken beseitigen und, wenn es nothwendig die Wochenbeiträge erhöhen würde, um alsdann dem Streifonds den ihm nach Recht zustehenden Theil zuzuführen. Mögen diese Zeilen dazu beitragen, daß sich die Zahlstellen mit dieser Angelegenheit befassen, damit sich die Delegirten Klarheit verschaffen können von der Stimmung der Mitglieder, um bei den Verhandlungen auf dem nächsten Verbandstage einen den Beifall der Mitglieder findenden Beschluß herbeizuführen zu können.

Bei der Einsendung dieser Zeilen leitete mich der Grundgedanke, daß es Pflicht eines jeden Kollegen und jeder Kollegin ist, den ihnen im Hinblick auf den Nutzen des Streifonds zustehenden Pflichttheil an den Kosten, die uns der Kampf um die Hebung unserer wirtschaftlichen Lage auferlegt, gleichmäßig zu tragen.

Mit kollegialem Gruß und Handschlag  
A. Ohswald.

### Quittung.

Seit dem 16. Mai gingen folgende Beträge ein:  
Landsbut 37,41, Götzen 16,13, Kienfels 389,80, Coßwig 21,18, Langemünde 39,45, Hannover 42,30, Hannover-N.-D. 224,48, Lindenberg 188,35, Anderten 51,50, Diez 6,10, Thiede 94,06, Ugenborj 32,85, Eisenburg 4,90, Uetersen 32,95, Danzig 70, Wilsburg 100,35, Broitzem 46,81, Kolberg 398,46, Hörter 12,50, Koltheim 16,48, Sirelich 4, Halle 48, Dörschdorf 27,05, Gertenleidenheim 68,90, Wessleben 21,87, Gardelegen 127, Helmstedt 37,35, Dudenhuden 30, Hannover-N.-D. 9,30 Mk.  
Für die ausgesperrten Kollegen in Seitensen ging ein: München I 52, Kellinghusen 10, Stettin 100, Dudenhuden 10, Speyer I 20, Wilsfeld 13,40, Mainz 19,15, Wambel 100, Koblitz 15, Dörschdorf 15, Gesehacht 50, Frankenthal 10, Frankfurt a. M. 20, Rendsburg 20, Hamburg 20, Maguhn 8,25, Braunschweig 50 Mk.  
Für die Kollegen in Tilsit ging ein: Dyrbruf 5, Dyrbruf-Kartell 5 Mk.  
In Nr. 10 des „Proletarier“ muß es heißen: Bernburg 395,14 Mk.  
Schluß Dienstag, den 29. Mai, Mittags 12 Uhr.

### Verlorene und für ungültig erklärte Bücher.

Buch 79 843, ausgehellt am 1. April 1900 zur Weissensee, lautend auf den Namen Heinrich Bachmann.

### Neue Adressen und Adressen-Änderungen.

- Gau 3. Sitz Magdeburg. Vorsitzender Paul Matthes, Magdeburg-Neustadt, Radweidenstraße 92, 2. Etage. Kassierer Heinrich Kohn, Magdeburg-Neustadt, Neuhaldensiederstraße 26, Hof, 2. Etage.
- Gau 4. Sitz Calbe a. S. Vorsitzender Friedrich Hölzle, Schloßstraße 26. Kassierer Heinrich Grüneberg, Hohendorferstraße 11.
- Arnsdorf i. Rieseengebirge. Hermann Stadler.
- Bergedorf. B. Stille, Sachsenstraße 4.
- Brandmühl. Albin Ham.
- Colbitz. Friz Drevenstedt.
- Dick a. d. Saha. (Gau 12.) Ludwig Grün, Altenhitz.
- Ganting. (Gau 10.) Lorenz Hoffmann, Starnberg 25.
- Göh. (Gau 7.) B. Reute, Bergstraße 18.
- Sechtshelm. Wilhelm Dehheimer.
- Höchst a. Main. Emil Barbier, Stauffenstraße 57.
- Hausa. Friedrich Curtius, Süderstraße 51b.
- Leipzig-Lindenau. Karl Rohr, Marienstraße 15.
- Lettau. Heinrich Kaufmann, Stordelberg 4.
- Merseburg. Fr. Fiedler, Meißner, Leipzigerstraße 74.
- Ritzburg a. d. Weser. (Gau 1.) Vertrauensmann F. Heintz.
- Oberniefel. Oskar Schambier, Burggasse 52.
- Regensburg. (Gau 10.) Matthias Söh, Gramgasse 47.
- Straßburg. (Gau 10.) Jos. Sänger, Bieredwänglerweg 92 1/2.
- Wetzlar i. N. (Gau 7.) Karl Krummow, Bahnhofsstraße 2.
- Wannsee. (Gau 7.) Al. Wengert, Charlottenstraße 2.

### Briefkasten.

Süneburg. Bericht vom 22. April können wir, weil zu alt, nicht mehr veröffentlichen.  
R. J. M. Natürlich muß der Delegirte Mitglied des Verbandes sein. Der Fall, daß ein Mann aufgestellt würde, welcher nicht Mitglied ist, ist doch auch gar nicht denkbar.

### Todesanzeige.

Vor den Augen seiner Arbeitskollegen, ohne daß ihm Rettung gebracht werden konnte, verschied am 18. Mai durch Sturz in den Rhein der Kollege

### Georg Höhl

(R. A. S. II 41 163), geboren am 7. Oktober 1863 zu Speyer.

Ehre seinem Andenken.

Zahlstelle Speyer.

### Zahlstelle Schlutup.

Sonntag, den 10. Juni: Mitglieder-Versammlung im Lokale des Herrn Liemann, Schlutup-Mühle. Das Erscheinen aller Mitglieder ist nothwendig. [75 Pf.]

### Zahlstelle Lauenburg.

Unsere Versammlungen tagen jeden Sonnabend im Monat, Abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale. Nächste Versammlung Sonnabend, den 2. Juni. Tagesordnung: Wahl eines Delegirten zum Verbandstage. Das Erscheinen aller Mitglieder wird dringend gewünscht. [1,20 Mk.] Die Bevollmächtigten.

### Zahlstelle Spandau.

Sonntag, den 10. Juni, Nachmittags 4 Uhr: Versammlung bei Radtke. Sämmtliche Mitglieder haben die Bücher mitzubringen. Vollzähliges Erscheinen ist dringend erwünscht. [90 Pf.] Strehlke, Bevollmächtigter.

### Zahlstelle Gütin.

Die regelmäßigen Mitglieder-Versammlungen findet jeden ersten Sonnabend im Monat, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn J. Strud statt. [90 Pf.] Die Bevollmächtigten.

### Zahlstelle Aken.

Nach Beschluß hiesiger Zahlstelle haben unsere Mitglieder-Versammlungen am ersten Sonnabend nach dem ersten und fünfzehnten eines jeden Monats, Abends 8 1/2 Uhr, in der „Heimath“ zu tagen. [0,90 Mk.]

### Zahlstelle Köln-Chrenfeld.

Sonntag, den 10. Juni 1900, Vormittags punkt 11 Uhr im Vereinslokale bei Herrn Zündorf: Außerordentliche Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: 1. Der diesjährige Verbandstag. 2. Wahl eines Delegirten und Stellvertreters. 3. Verschiedenes. Wir erwarten, daß sämmtliche Mitglieder zur Stelle sind. [1,20 Mk.]

### Zahlstelle Götzen.

Sonabend, den 9. Juni, Abends 8 Uhr: Versammlung. Tagesordnung: Wahl der Delegirten zum Parteitag. Beschlußfassung über die einzurichtende Lokal-Unterstützungskasse. Sonstige Verbandsangelegenheiten. Der wichtigen Tagesordnung halber ist das Erscheinen aller Mitglieder nothwendig. [1,05 Mk.] Die Bevollmächtigten.

### Zahlstelle Calbe a. S.

Am Sonntag, den 10. Juni, Nachmittags 3 Uhr, im Lokale der „Reichskapelle“: Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: 1. Wahl eines Delegirten zum Verbandstage. 2. Verschiedenes. Um zahlreichere Beteiligung ersucht der Vorstand. (Mitgliedsbücher sind in der Versammlung vorzuzeigen.) [1,05 Mk.]

### Zahlstelle Bernburg.

Sonabend, den 16. Juni, Abends 8 1/2 Uhr, im „Fähringer Hof“:

### 3. Familien-Abend.

Die musizierenden, sowie die mit dem goldenen Humor begabten Kollegen werden gebeten, zahlreich zu erscheinen und zur Verschönerung des Abends beizutragen. [1,50 Mk.] Die Bevollmächtigten.

### Zahlstelle Barmbeck.

Sonntag, den 24. Juni 1900:  
**Morgentour**  
nach dem Klein-Vorsteher Fährhaus,  
Besitzer F. H. Kropp,  
mit einer 10 Mann starken Kapelle der Zivil-Berufsmusiker, Dirigent G. Böhler, unter Mitwirkung des Silberedler Touristenvereins „Frisch auf“.  
Preis der Karte 30 Pf. à Person. Abmarsch Morgens 5 Uhr von W. Mierßen, Studenstr. 50-52. [2,10 Mk.] Das Festkomitee.

### Geschäftshaus

## Bernhard Meier & Co.

### Harburg a. E.,

1. Wiistorferstrasse 19. — Ecke Moorstrasse.

Spezial-Geschäft für bessere Herren- und Knaben-Garderobe.

Als ganz besonders preiswerth empfehlen wir:  
Schwarze Kammmarn-Herren-Anzüge, ohne Naht, langes, flattes Jagons, mit aufgesetztem Sammetkragen, Weiße 2reihig, für 21,50 Mk.

Hochfeine schwarze Kammmarn-Jaquet- und Rock-Anzüge zu 24,50, 27,50, 33, 39 und 45 Mk.  
Modische Anzüge, in schönen grünlichen, grauen und in allen modernen Farben, schneidige Jagons, mit 2reihiger Weiße und weiten Hosen, zu 12, 15, 18, 21, 24, 27, 30, 33, 36 und 39 Mk.

Radfahrer-Anzüge, Radfahrer-Sweaters und Strümpfe, Radfahrer-Sandalen, in überaus großer Auswahl — riesig billig!

Frühjahrs-Paletots, in herrlicher Farbenauswahl, zu 9, 12, 15, 18 bis 36 Mk.

Knaben- und Burschen-Anzüge, in geschmackvoller Ausführung, enorm große Auswahl.  
Extra-Abtheilung für Schuhwaren für Herren, Damen und Kinder.

Streng reelle Bedienung! Verkauf zu streng festen Preisen!